

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/217 - 26. September 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 888 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Staatspolitik</u> Nach den ersten Informationsgesprächen Von Günter Markscheffel	40
2 - 3	<u>Über vier Fünftel für IG Metall</u> Grosser Erfolg bei den Betriebsratwahlen an der Saar DGB ohne Einfluss - Splittergruppen aufgerieben	60
4 - 5	<u>Die kleine Reportage:</u> <u>Ernährungsminister in Hochform</u> Mit Schwarz von Stand zu Stand auf der ANUGA	69
6	<u>Politik für den Frieden</u> Zum Parteitag der britischen Labour Party Von Fritz Segall - London	49
7	<u>Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie?</u> Frankreich wieder einmal am Scheideweg Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	41

* * *
* *

Staatspolitik

Nach den ersten Informationsgesprächen

Von Günter Markscheffel

Es ist verständlich, wenn man sich mancherorts in der Bundesrepublik sorgenvoll fragt, ob die Bildung der neuen Regierung nicht zu lange dauert. Bisher - mindestens in den Jahren 1953 und 1957 - wusste man schon gegen Mitternacht des Wahltages, wer der nächste Regierungschef sein würde.

Jetzt ist das alles ganz anders. Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament haben sich entscheidend geändert und was den Franzosen in der Vierten Republik nach Wahlen schon gar nicht mehr aufregend erschien - das oft wochenlange Tauziehen um die Bildung einer neuen Regierung - ist für die meisten Deutschen ein Novum.

Aber völlig unabhängig von diesem mehr innenpolitischen Aspekt der jüngsten Entwicklung in der Bundesrepublik stehen wir auch in ausserpolitischer Beziehung vor neuen Tatbeständen. Vieles von dem, was jetzt offen ausgesprochen wird, war zwar schon vorher vorhanden. Vielfach hatte man sich jedoch daran gewöhnt, es nicht zu sehen oder nicht sehen zu wollen. Die zur Zeit noch amtierende Regierung war im Übrigen stets bemüht, diesen politischen Dämmerzustand zu erhalten.

Als Folge des Zusammentreffens der innen- und ausserpolitischen Veränderungen ergibt sich bei allen verantwortungsbewussten Kräften unseres Staates ein erhöhtes Maß von Wachsamkeit in bezug auf ihre Einschaltmöglichkeiten in die Gestaltung unseres zukünftigen Schicksals. Mit Abstand vom Wahlkampf und unter Berücksichtigung aller die deutsche Politik berührenden Faktoren ist daher die saubere Bilanzierung des bisher Geschehenen und die Auslotung der Zukunftsmöglichkeiten im besten Sinne des Wortes - Staatspolitik.

Je breiter die Basis ist, von der aus hierbei vorgegangen wird, umso besser dürften die Chancen für das unmittelbare Einwirken der Bundesrepublik auf das sein, was man nicht nur bei uns, sondern auch im Westen und im Osten als "Deutschlandpolitik" zu bezeichnen pflegt.

Vielleicht sind diese Feststellungen Selbstverständlichkeiten. Sie trotzdem zu erwähnen und dadurch zu versuchen, den Kern, das Wesentliche im Gestrüpp personeller und allgemeiner-politischer Kombinationen herauszuschälen, erscheint uns gerade in der gegenwärtigen Situation als eine politisch-publizistische Verpflichtung. Vergleiche mit früheren Zeiten mögen historisch interessant sein; sie können jedoch nicht das Einmalige unseres Schicksals als Nation definieren. Jetzt kommt es nicht auf geistreich erscheinende Parallelen an, sondern auf die richtige Einschätzung der Realitäten.

Über vier Fünftel für IG Metall

S.E. - Die Betriebsratswahlen in der saarländischen Metallindustrie sind abgeschlossen. Wieder hat die IG Metall über vier Fünftel der Sitze gewinnen können, während der sich "christlich" nennende Metallarbeiterverband knapp 13 Prozent der Sitze erhielt. Die Arbeitnehmer der Metallindustrie, die die Arbeit der IG Metall angehörnden Betriebsräte in den letzten Jahren genau beobachten konnten, haben die betrieblichen Erfolge dieser Betriebsräte mit neuem, eindrucksvollem Vertrauen honoriert. Die kleinen Gruppen des DHV, der DAG und der Unorganisierten sind winzige Splitter geblieben.

Das Wahlergebnis war zwar zu erwarten. Trotzdem ist es für die IG Metall eine Genugtuung, dass ihr das Vertrauen der Arbeitnehmer erneut in solch hohem Mass ausgesprochen wurde. Das Ergebnis ist um so wertvoller, weil die Last der Verantwortung in den letzten Jahren bis auf wenige Ausnahmen bei den zur IG Metall gehörenden Betriebsratsmitgliedern lag, die die Mehrheit und den Vorsitz der Betriebsräte stellten. Auf sie hatten die Belegschaften ihre Hoffnungen gesetzt, an sie wurden die Anliegen der einzelnen herangetragen, auf sie zielte naturgemäss auch die Kritik, wenn nicht alle Wünsche der Belegschaft durchgesetzt werden konnten oder die innerbetriebliche Lohn-Regelung oder Einstufung nicht überall restlose Zufriedenheit fand.

Insgesamt haben über 45 000 Arbeitnehmer - nehmen wir die kleinen Betriebe aus, über die keine Meldungen vorliegen - ihre Stimme abgegeben. Von ihnen wurden insgesamt 416 Betriebsratsmitglieder gewählt. Von diesen Sitzen besetzen die Arbeiter 340 und die Angestellten 76. Die IG Metall gewann 335 Sitze oder über 80 Prozent, der CMV 54 Sitze, die DAG 7, Der DHV 9 und Unorganisierte 11 Sitze. 56 oder insgesamt 76 Angestelltensitze entfielen auf die IG Metall.

Auch diesmal hat sich gezeigt, welche einen Unsinn die sogenannten "freien" Listen darstellen. Wer sie wählte, begab sich jeden Einflusses auf den Betrieb über den Betriebsrat. Denn auch die "freien Listen," die ganze 11 von 416 Sitzen erhielten, sind allenthalben das fünfte Rad am Wagen. Sogar die nächste der IG Metall in der Stimmzahl folgende Gruppe, die des CMV, ist ohne Einflüsse, so gering ist die Zahl, die sie bekommen konnte. Die 7 bzw. 9 Sitze der DAG bzw. des DHV

zählen überhaupt nicht.

Hinter den 335 Betriebsräten der IG Metall aber steht die ganze Macht der fast zwei Millionen Mitglieder starken Gewerkschaft, die auch bei den Verhandlungen der IGM-Betriebsräte mit den Unternehmern einen Machtfaktor darstellt.

Es ist bedauerlich, dass mehr als 15 Prozent der Stimmen verzettelt wurden, weil sie einflusslosen Organisationen zufielen. Die Wähler hätten besser daran getan, die IG Metall noch stärker in den Betrieben werden zu lassen. Hätten sie ihre Stimmen rastlos der IG Metall gegeben, dann könnten ihre Betriebsräte der Betriebsführung gegenüber noch nachdrucksvoller auftreten und für die Belegschaften noch mehr erreichen.

Denen, die der IG Metall ihr Vertrauen durch den Stimmzettel aussprachen, denen, die durch ihre bisherige Arbeit und durch ihren bisherigen Einsatz bei der Vorbereitung der Wahl diesen Wahlausgang herbeiführten, muss Dank gesagt werden. Die neuen Betriebsräte werden das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen. Die IG Metall hat schon vor der Wahl angekündigt, dass sie ihre Aufgabe darin sehe, mit dazu beizutragen, dass die Lohngestaltung, dass die Eingruppierungen und die Urlaubsgestaltung überall dort, wo es möglich ist, verbessert werden. Die IG Metall wird die Betriebsräte in diesem Bemühen kräftig unterstützen. Es wird nicht lange dauern, dann dürfte es beim Gehalt und Lohn und beim Urlaub besser aussehen als gegenwärtig noch.

+ + +

- 4 -

Ernährungsminister in Hochform

Mit Schwarz von Stand zu Stand auf der ANUGA

M.v.J. - In der Treibhausatmosphäre unter den Dächern der zehn Kölner Messehallen fühlten sich bei der Eröffnung der ANUGA offensichtlich die dunkelhäutigen Schönen an den Ausstellungsständen Kameruns, der Republik Elfenbeinküste oder Awanda-Burundis am wohlsten. Sie lächelten vergnügt, selbst wenn die stets so würdigen Herren in Schwarz im Gefolge des bundesrepublikanischen Landwirtschaftsministers Schwarz sich die Schweißtropfen von der Stirn wischten und auf Kostproben noch so erlesener Weine verzichteten, sondern Fruchtsäfte oder Mineralwasser vorzogen.

"Irgend so ein Botschafter"

Eine enorme Kondition zeigte indessen Ernährungsminister Schwarz. Vielleicht waren es schon die Früchte seines intensiven Trainings für kommende EWG-Verhandlungen, wo es ebenfalls auf sein Beharrungsvermögen, besonders bezüglich der Getreidepreise, ankommen wird - falls er denn noch Minister ist. Fest drei Stunden lang zog er nach der Eröffnungsrede von Stand zu Stand, während sich nach und nach der eine oder andere aus seinem Gefolge still und heimlich verdrückte. "Auflösungserscheinungen", meinte der Minister.

Schwarz mußte bei seinem Rundgang feststellen, dass er bei den Landwirten in seiner Eigenschaft als Landwirtschaftsminister offenbar weit populärer ist als bei den Verbrauchern oder Nahrungsmittelherstellern. Oft fragten selbst die Betreuer von Ständen renommierter deutscher Firmen: "Wer ist denn das?" Antwort: "Irgend so ein Botschafter wahrscheinlich". Den Ernährungsminister der Bundesrepublik erkannten sie nicht.

"Ein Schiff wird kommen"

In Gegenwart des Weltmeisters im Austernöffnen (100 Stück in 3 Minuten) schlürfte der Minister genießerisch eine dieser Meeresfrüchte am französischen Stand, um anschließend am DLG-Weinstand auf die deutsche Weinwirtschaft anzustoßen. "Wenn es schon Abend wäre, bliebe ich hier gern noch länger!"

In den Becher süßem Weines fiel jedoch sogleich ein großer Tropfen saurer Milch; denn der Vorsitzende der deutschen Milchwerbung wartete bereits auf den Minister, um ihm eine bayerische Kuhglocke zu überreichen, "damit die norddeutschen Kühe demnächst mehr Milch geben". Auf eine Quarkprobe verzichtete er daraufhin dankend. Statt dessen wanderte ein Päckchen mit brasilianischen Kaffeebohnen in die Hosentasche des Ministers: "Darüber wird sich meine Frau freuen!"

Im letzten Augenblick verhinderte der Protokollchef dieses Rundgangs einen Fehltritt des Ministers, als Schwarz nämlich festen Schrittes auf den Stand der Volksrepublik Polen zugehen wollte. "Das könnte Verwicklungen geben", meinte er, und dirigierte den Minister am Rockzipfel in den sicheren Hafen Griechenlands, von wo es aus einem Lautsprecher tönte: "Ein Schiff wird kommen".

Nach den bisherigen Absatzerfolgen des griechischen Tabaks befragt, antwortete der Handelsattaché: "Wir sind zufrieden". Darauf Schwarz: "Wenn meine Bauern sagen, wir sind zufrieden, dann geht es ihnen in Wirklichkeit gut.."

"Über Zölle sprechen wir ein anderes Mal"

Der dänische Botschafter empfing den Landwirtschaftsminister mit den Worten: "Wir müssen uns auch in anderer Beziehung begegnen und näherkommen." Werner Schwarz lächelte nur, wie auch am israelischen Stand, wo ein Vertreter dem Minister riet, der israelischen Sekt zu kosten. "Wenn der Zoll nicht so hoch wäre, hätte dieser Sekt bei uns gute Absatzchancen". Konterte Schwarz höflich: "Über Zölle sprechen wir ein anderes Mal." Vielleicht dachte er auch schon mit Schadenfreude daran, welche Aufgaben auf seinen Nachfolger warteten.

"... möchte ich bezweifeln"

Nach der Besichtigung sagte Minister Schwarz in einem kurzen Interview unserem Mitarbeiter: "Im Vergleich zur letzten ANUGA bin ich überrascht, dass überhaupt immer noch mehr und immer noch bessere Qualitäten angeboten werden können. Ob diese Entwicklung wirklich gut ist, möchte ich bezweifeln." Hier sprach er wieder als Landwirtschafts-, und nicht als Ernährungsminister.

Dazu der Agrarexperte der SPD, Herbert K r i e d e m a n n: "Die Angst des Ministers und der deutschen Landwirtschaft ist verständlich, wenn man bei einem Vergleich mit den Angeboten aus dem Ausland feststellen muss, wie viele Möglichkeiten bei uns ungenutzt blieben. Ein Unrecht am Verbraucher, das aber letzten Endes auch auf die deutsche Land-

Politik für den Frieden
- - - - -

Von Fritz Segall - London

Die Auswirkungen aussenpolitischer Ereignisse und die Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation geben der englischen Presse so viel Stoff, dass sie in diesem Jahre darauf verzichten konnte, wieder einmal die Labour Party "tot" zu sagen. Und doch wären in diesem Jahre solche Wunschträume nicht ganz unbegründet gewesen. In seinem Bericht zu dem am 2. Oktober beginnenden Parteitag, stellt der Parteivorstand fest, dass die Mitgliederzahl während des vergangenen Jahres um mehr als 108 000 abnahm und nun 5 328 000 gesunken ist, wobei die korporative Angehörigkeit von über 5 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder eingeschlossen ist.

Diesem nicht gerade optimistisch stimmenden Bericht stehen jedoch Meinungsbefragungen gegenüber, die Labour einen steigenden, wenn auch noch geringen Stimmvorsprung vor den Konservativen geben. Der vor wenigen Tagen abgeschlossene Gewerkschaftskongress deutete an, dass die britische Linke gewillt ist, diesen Vorsprung zu vergrößern.

Die Diskussionen, die im Vorjahr um die Probleme der militärischen Aufrüstung kreisten, werden gewiss auch in den Debatten dieses Parteitages eine Rolle spielen, aber auch nicht annähernd die Auseinandersetzungen hervorrufen, die zur Niederlage der Parteileitung führten. In dem Dokument "Politik für den Frieden" haben Parteivorstand, Generalrat der Gewerkschaften und Parlamentsfraktion eine auf der Gaitskell-Linie basierende Grundsatzerklärung abgegeben, die der Gewerkschaftskongress bereits akzeptierte und alle Aussicht hat, auch vom Parteitag angenommen zu werden.

In Zeiten aussenpolitischer Spannungen ist es das Bestreben der drei britischen Parteien, mit der im Amt befindlichen Regierung einen annehmbaren Kompromiss oder Übereinstimmung zu finden. Der Ende voriger Woche abgeschlossene Parteitag der Liberalen hat den Beitritt zum Gemeinsamen Markt ausdrücklich befürwortet. Der Gewerkschaftskongress hat eine zurückhaltendere Entscheidung getroffen. Er empfiehlt lediglich, mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, den Beitritt zu ermöglichen, eine Entscheidung, die auch von der Regierung vertreten wird. Die Mehrzahl der 23 Anträge, die dem Parteitag zum Punkte EWG vorliegen, fordert von der Exekutive, endlich einen klaren Standpunkt zu beziehen oder aber lehnt den Beitritt zur EWG grundsätzlich ab. In einem Dringlichkeitsantrag wird der Parteivorstand voraussichtlich die Resolution der Gewerkschaftsleitung verwenden und zur Annahme empfehlen.

Wenn auch in dem aussenpolitischen Sektor vielfach Annäherung und Übereinstimmung mit der Regierung zu erwarten ist, wird die Debatte über die Wirtschaftsplanung der konservativen Regierung zu einer einzigen Verurteilung ihrer Politik führen. Der Schatzkanzler hat dadurch, dass er den Angestellten der staatlichen Betriebe jede Gehaltsaufbesserung verweigert, auch die Privatwirtschaft zu gleichen Massnahmen animiert und nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch Bevölkerungsschichten mobilisiert, die noch zu keiner Zeit daran gedacht haben, das Programm einer konservativen Regierung abzulehnen.

Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

De Gaulles Verzicht auf die Fortsetzung des Ausnahmezustandes (Artikel 16) und seine direkte Fühlungnahme mit den Vertretern der Parteien sind Beweise dafür, dass die Opposition der Nationalversammlung und überhaupt der öffentlichen Meinung nicht ohne Eindruck geblieben ist. Am Vorabend wichtiger Entscheidungen auf internationaler und nationaler Ebene braucht Frankreichs Präsident die aktive Unterstützung und Mitarbeit aller demokratischen Kräfte. Die Beendigung des Algerienkriegs durch positive Verhandlungen mit der FLN und die unvermeidliche Auseinandersetzung mit der rechtsradikalen OAS machen diese Zusammenarbeit noch dringender. Mendès-Frances Appell zur Bildung einer provisorischen Übergangsregierung aller republikanischen Kräfte zeigt gleichfalls, dass Frankreichs Politik an einem Wendepunkt angelangt ist.

Zwei Kräfte brachten de Gaulle 1958 an die Macht: der Algerienputsch und das Parlament. Unter dem Eindruck des militärischen Aufstandes und aus Angst vor einem offenen Faschismus investierte damals die Nationalversammlung de Gaulle als Schiedsrichter und Rettungsanker der Republik. De Gaulle legte Wert auf die Zustimmung der Abgeordneten und Senatoren. Seit jeher wollte er wohl autoritär regieren, aber nicht als Usurpator; mit Vollmachten, aber mit Zustimmung des Parlaments.

Nach dem Mai 1958 versuchte de Gaulle einige Zeit hindurch eine Schaukelpolitik zwischen Links und Rechts; Mollet, Pflimlin, Soustelle und Pinay wurden Staatsminister. Bald schieden die einen und die anderen aus und das Regime stützte sich immer ausschliesslicher auf die Gaullistische UMR, die im Sturm der ersten Begeisterung und infolge des kuriosen Wahlsystems zur relativ stärksten Kammerfraktion wurde, schon einige Monate später aber, in Nachwahlen ihren Einfluss wieder einbüßte. Die Zusammensetzung der Nationalversammlung entspricht also längst nicht mehr der wirklichen Stimmung im Lande. De Gaulle musste sich inzwischen von den Rechtsradikalen trennen. Heute muss er die OAS mit ebenso energischen Mitteln bekämpfen wie bisher die FLN, die aber inzwischen zum anerkannten Verhandlungspartner geworden ist. De Gaulle will und muss sich mit Ben Khedda verständigen. Umso wilder wird der Widerstand der Ultras, umso dringender ist das Vertrauen zwischen dem gewählten Präsidenten der Republik und der Volksvertretung, die wahrscheinlich vorzeitig aufgelöst und neu gewählt werden muss.

Vor allem aber muss Vorsorge für den Fall getroffen werden, dass General de Gaulle eines Tages nicht mehr ist. Frankreich will nicht im Chaos eines Bürgerkrieges untergehen, der für Europa und die ganze Welt tragische Folgen haben müsste. Das algerische Abenteuer soll jetzt so schnell wie möglich beendet, die totalitäre Gefahr gebrochen und die parlamentarische Demokratie wieder hergestellt werden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel